



Memorandum für eine aktive Industriepolitik 2011

Berliner Industrie im Fokus – Potenziale für soziale Stadtentwicklung nutzen !

Im Mai 2005 haben sich über 70 Berliner Betriebs- und Personalratsvorsitzende an die Öffentlichkeit gewandt und gefordert: Die Bedeutung einer industriellen Basis muss auch in Berlin wieder erkannt werden! Entwicklung und Produktion sichern anspruchsvolle, interessante und in der Regel ordentlich bezahlte Arbeitsplätze. Und: Industrie und Dienstleistung sind kein Gegensatz! Der Ausbau moderner Industrien ist stets gekoppelt an nachgelagerte und vor allem hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Das alles ist mit der Studie „Neue Wachstumschancen für Berlin“, erschienen 2009, eindrucksvoll belegt: Berlin fehlen zu einer gesunden, mit westeuropäischen Metropolen vergleichbaren Struktur 90.000 Industriearbeitsplätze.

Heute können wir feststellen: Die Anstöße der Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräte sind angekommen. Die Berliner Wirtschaftspolitik hat umgedacht.

- Der **Masterplan Industrie** ist 2009/2010 gemeinsam von Wirtschaftsverwaltung und Verbänden, Kammern und Gewerkschaften erarbeitet worden. Er bietet einen guten Überblick der zu leistenden Aufgaben in der Industriepolitik. Die beteiligten Akteure engagieren sich nach wie vor in den verschiedenen Masterplan-Projekten und wollen die „Industriestadt Berlin“ voranbringen.
- Beim Regierenden Bürgermeister arbeitet seit Anfang 2010 der **Steuerungskreis Industriepolitik**. Beteiligt sind wiederum Verbände, Kammern und Gewerkschaften. Darüber hinaus sind hier aber auch die Senatsverwaltungen eingebunden. Dieser ressortübergreifende Ansatz ist für eine erfolgreiche Industriepolitik wichtig, da bei den zu lösenden Aufgaben Kompetenzen und Entscheidungen aller gefragt sind.
- Bei der Berlin Partner GmbH ist seit 2009/2010 der **Unternehmensservice** etabliert. Diese neue Arbeitseinheit geht gleichfalls auf Anstöße der Gewerkschaften zurück. Der Unternehmensservice ist auf Problemlösungen für die vorhandenen Unternehmen fokussiert. Dies ist ein qualitativer Sprung in der Struktur der Wirtschaftsförderung. Ziel ist, die Unternehmen in ihrer Innovationskraft zu stärken, damit sie ihre Beschäftigung stabilisieren und ausbauen und so zum Fundament der Erneuerung der Berliner Industrie werden, unterstützt und ergänzt durch die Akquisition von Neuansiedlungen.
- Berlin hat in seiner zentralen Imagekampagne „be Berlin“ die Berliner Industrie zum Thema gemacht. „**Berlin, the place to be for future industries**“ ist eine wichtige Botschaft nach außen, damit Berlin auch als Stadt mit moderner industrieller Produktion wahrgenommen wird. Auch für die Berliner Bürgerinnen und Bürger ist diese Botschaft wichtig, damit sie Berliner Industrie wahrnehmen und sich aktiv mit der Bedeutung von Industrie in ihrer Stadt auseinandersetzen können.
- Mit der **Agentur für Elektromobilität eMO** hat Berlin eine industriepolitisch ausgerichtete Institution geschaffen, die sich aktiv in den Prozess der Entwicklung der Elektromobilität einbringt. Ziel ist es, Berlin als deutsche Modellregion für Elektromobilität aufzubauen.

Zentral ist dabei die Verknüpfung von Forschung und Entwicklung, Produktion und Anwendung aller Arten von Elektrofahrzeugen.

Dies alles sind nach Jahren des Niedergangs Berliner Industriebetriebe, nach der doppelten Strukturkrise im alten Ost- und Westberlin und einer Serie von Betriebsschließungen in den vergangenen 20 Jahren wichtige neue Impulse.

Wo stehen wir heute?

Die Chancen für Zuwächse in Wertschöpfung und Beschäftigung der Berliner Industrie sind realistisch vorhanden. Die Berliner Industriebetriebe haben im bundesdeutschen Vergleich in den letzten fünf Jahren überdurchschnittlich zugelegt. Weitestgehend überwunden sind auch die großen Strukturprobleme der neunziger Jahre.

Die Berliner Industrie ist in weltweit nachgefragten Bereichen besonders stark – zum Beispiel im Kraftwerks- und Energiemaschinenbau, in der Pharmaindustrie und der Medizintechnik. Sie ist deshalb auch vergleichsweise gut durch die Krise gekommen.

Die strukturellen Verbesserungen werden von Unternehmen getragen, die zunehmend ein zeitgemäßes Verständnis der Bedeutung von qualifizierter Arbeit für den Erfolg ihrer Unternehmen haben. Sie wissen, dass anspruchsvolle Industrieproduktion nur mit hoch qualifizierten und hoch motivierten Belegschaften funktioniert – und nicht mit „Billig-Strategien“, Tarifflucht, Leiharbeit oder Bekämpfung der Mitbestimmung.

Die verbesserte Lage der Industrie ist für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Berlins von zentraler Bedeutung. Denn Industrie erhöht zusammen mit der Nachfrage nach wertschöpfungsintensiven Dienstleistungen das Sozialprodukt in der Stadt deutlich. Mit den entsprechend hohen Steuereinnahmen bekommen die politisch Verantwortlichen neue Spielräume für eine sozial integrative Stadtpolitik. Die einfache Gleichung lautet: Mehr Industrie = mehr Chancen für die Stadtentwicklung.

In den nächsten Jahren gilt es die neuen Chancen zu nutzen, damit Berlin auf der Grundlage der verbesserten Strukturen und mit dem Schwung der politischen Aktivitäten schrittweise wieder ein industrielles Niveau erreicht, welches vergleichbaren Ballungsräumen entspricht. Dieses Ziel ist realistisch, wenn der bislang erreichte wirtschaftspolitische Konsens in praktische Verbesserungen umgesetzt wird. Klar ist: Wenn Politik, Verwaltung, Medien und Bevölkerung dauerhaft vom Sinn industriepolitischer Anstrengungen überzeugt bleiben sollen, dann müssen Erfolge in Form von festen Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und Steuereinnahmen sichtbar werden.

Was ist zu tun?

1. **Industriepolitische Netzwerkaktivitäten ausbauen.** Um die genannten Aufgaben wirksam zu bearbeiten, muss die Gemeinschaftsanstrengung von Senat, Bezirken, Verbänden, Kammern und Gewerkschaften noch über viele Jahre fortgeführt und intensiviert werden. Wir fordern deshalb von allen Parteien ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung der aktuellen industriepolitischen Aktivitäten, seien es die Arbeitsvorhaben im Rahmen des **Masterplans Industrie** oder die Verabredungen des beim Regierenden Bürgermeister angesiedelten **Steuerungskreis Industriepolitik**. Industriepolitik ist ein Querschnittsthema. Wenn die vereinbarten Ziele erreicht werden sollen, muss eine Taskforce-ähnlich arbeitende Arbeitseinheit aufgebaut werden, die das dringend erforderliche professionelle Schnittstellen- und Umsetzungsmanagement verantwortet.

2. **Industriepolitik für die Hauptstadtregion.** Das Ziel „Industriewachstum“ muss dauerhaft in der Wirtschaftsförderungs- und der Stadtentwicklungspolitik verankert werden. Dabei ist klar: Industriepolitik endet nicht an der Berliner Stadtgrenze. Es gilt, eine wirkungsvolle Politik für die Hauptstadtregion zu schaffen. Dazu müssen sich die politisch Verantwortlichen in Berlin und Brandenburg eng abstimmen.
3. **Unternehmensservice weiterentwickeln.** Das angestrebte Wachstum kann im gewünschten Umfang im Wesentlichen nur mit und in den bereits in Berlin ansässigen Unternehmen generiert werden. Diese müssen sich zur Lösung ihre unterschiedlichen Probleme in einem der Berliner Größe geschuldetem, meist überkomplexen Institutionen- und Verwaltungsgeflecht zurechtfinden. Deshalb ist es so wichtig, dass der Unternehmensservice als zentrale Säule der Wirtschaftsförderung konsequent weiterentwickelt wird. Weiterentwicklung heißt: Instrumente und Lösungsvorschläge für die im Alltag der Unternehmen auftauchenden Fragen zielgerichtet so ausbauen und verfeinern, dass die Unternehmen in ihrem Wachstum und dem Ausbau der Beschäftigung praxisgerecht unterstützt werden.
4. **Großes Wissenspotenzial – große Herausforderungen.** Berlin verfügt über ein enormes wissenschaftliches Potenzial in vielen Hochschulen, zahlreichen Forschungsinstituten und wissenschaftlichen Einrichtungen. Diesem äußerst großen Bereich steht eine mittelständisch geprägte Industrie gegenüber, mit wenigen Konzernzentralen und großen Unternehmen. Hinzu kommt: Wirtschaft und Wissenschaft funktionieren nach ihren eigenen Regeln und sprechen eine eigene Sprache. Transferprozesse bei Personal- und F&E-Themen sind aus diesem Grunde keine Selbstläufer. Gelingt es, beide Seiten zufriedenstellend zusammenzubringen, werden Entwicklungspotenziale der Industrie und damit auch in der Region aktiviert. In diesen Vermittlungsprozessen sind bislang schon viele Best-practice-Projekte entstanden. Wichtig ist es, diese Beispiele zu bündeln, zu systematisieren und die verallgemeinerbaren Lösungen in die Fläche zu bringen.

Hochschulabsolventen einstellen. Für die Zukunft der Berliner Industrie ist die Aktivierung endogener Potenziale entscheidend. An erster Stelle sind hier die gut ausgebildeten Hochschulabsolventen zu nennen. Wissenstransfer wird durch die Einstellung von Hochschulabsolventen deutlich belebt, weil die alten Verbindungen zur Universität auch in der Arbeit eine Rolle spielen. Finden mehr Absolventen eine Arbeit in Berliner Industriebetrieben, wird das weitreichende positive Folgen für die Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft haben. Die vorhandenen Instrumente, die Career-Services und Transferstellen der Hochschulen, die Arbeitsagenturen mit ihren Hochschulteams und die diversen „Fachkräfte-Börsen“ und Firmenkontaktmessen müssen entsprechend der Vielzahl der Studenten ausgebaut werden, wobei eine verstärkte Koordination der Stellen untereinander und die Kontakte zu den Betrieben deutlich intensiviert werden sollten.

Vor allem dürfte es darauf ankommen, aktive Vermittlungsfunktionen im Sinne eines „One-stop-Ansprechpartners“ für die Berliner Unternehmen in den Hochschulen zu verankern. Nur durch hochschulinterne Scoutsysteme können die gesuchten Studenten und Absolventen effizient gefunden und angesprochen werden.

Duale Ausbildung stärken. Die Sicherung der beruflichen Ausbildung ist ein entscheidendes Thema in den nächsten Jahren. Die Berliner Industriebetriebe haben sich im Steuerungskreis Industriepolitik zu einer deutlichen Verstärkung der Ausbildung bekannt. Wir werden dies in unseren Betrieben einfordern. Allerdings ist dies nur ein erster Schritt: Dieses Wachstum wird zunehmend notwendig, um die bevorstehenden Abgänge älterer Kolleginnen und Kollegen auszugleichen. Für weiteres Wachstum der Industrie brauchen

wir weitere Ausbildungsplätze. Die größeren Unternehmen müssen ihre Ausbildungsquoten anheben. Unternehmen, die bisher gar nicht ausbilden, müssen neu als Ausbildungsbetriebe gewonnen werden. Gerade bei den kleineren unter diesen Unternehmen ist Verbundausbildung der wichtigste Weg zu mehr Ausbildungsplätzen. An dieser Stelle ist auch öffentliche Unterstützung gut angelegt. Wir fordern deshalb die Verstärkung der Mittel für Verbundausbildung.

Wir unterstützen alle Initiativen, die Duale Ausbildung für Jugendliche attraktiv zu machen. Die Anstrengungen der Schulen, ihre Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren beruflichen Neigungen gezielte Angebote bereitzustellen zählen ebenso dazu wie die Anstrengungen der Betriebe, jugendgerechte Praktika und Ausbildungsmodelle anzubieten, die für das gesamte Spektrum der Jugendlichen offen stehen müssen, insbesondere auch für Jugendliche mit einem Migrationshintergrund.

Unser Ziel ist es, Angebote für Ausbildung auch für die Jugendlichen zu öffnen, die auf Grund ihrer schulischen Leistungen kaum eine Chance auf eine qualifizierte Ausbildung haben. Ein nachahmenswertes Beispiel dafür ist der Tarifvertrag zur Förderung der Integration von Jugendlichen in der chemischen Industrie.

Weiterbildung stärken. In den nächsten Jahren muss die Weiterqualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie stärker in den Blick genommen werden. Die Zeiten eines scheinbar unerschöpflichen Fachkräftereservoirs sind vorbei. Ziel ist es, ein den neuen demografischen Herausforderungen angemessenes Weiterbildungskonzept zu erstellen, das von vielen genutzt wird, um den Anforderungen zum „lebenslangen Lernen“ gerecht zu werden. Sinkende Schulabgängerzahlen sind dann ohne wirtschaftliche Einbußen zu verkräften, wenn entschlossener in Bildung und Ausbildung investiert und wenn die Durchlässigkeit zwischen Betrieb und Hochschule verbessert wird.

Wir erwarten vom nächsten Senat und von den Berliner Hochschulen Initiativen zur Errichtung berufsbegleitender Studiengänge. Den im Dualen System Ausgebildeten müssen Zugänge zur Hochschule eröffnet werden. Die vorhandenen Modellprojekte sollen Schritt für Schritt ausgebaut werden. Dies hilft auch dabei, die Quote der Studienabbrecher zu verringern.

In den Betrieben selbst muss die Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung verbessert werden. Die Angebote der Weiterbildung müssen sich gleichzeitig an den Anforderungen des Arbeitsmarktes und am Qualifikationsbedarf der Unternehmen und der Branchen orientieren.

Forschungskooperationen und Wissenstransfer ausweiten. Die Kooperation zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtung auf der einen und Unternehmen auf der anderen Seite soll nachhaltig gestärkt werden. Für eine funktionierende Kooperation zwischen einem privatwirtschaftlichen Unternehmen und einer öffentlich-rechtlichen Hochschule sind zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen. Oft steckt der Teufel im Detail. Dies zeigt sich in der Praxis deutlich, wenn man zum Beispiel die Arbeit des Instituts für angewandte Forschung (IFAF), eigens für den Wissenstransfer geschaffen, oder anderer erfolgreicher Vermittlungsprojekte analysiert.

Durch eine engere Zusammenarbeit von Unternehmensservice und Technologiestiftung könnten diese Kooperations- und Transferprozesse nachhaltig befördert werden. Zudem würde eine veränderte, auf die Nachfrageseite orientierte Arbeitsweise bei gleichzeitig verstärkter Verzahnung von Technologiestiftung und Berlin Partner die Vermittlungsfunktion dieser Berliner Institutionen deutlich verbessern.

5. **Berlin – Metropole und Industriestadt.** Die Wahrnehmung Berlins als Industriestadt steht und fällt mit der überregionalen Darstellung seiner modernen und innovativen Industrie und industrienahen Dienstleistungen. Das Berliner Cluster Gesundheitswirtschaft ist international als „Marke“ etabliert. Hier ist es gelungen, die Breite vieler Teilbranchen und die Breite der wissenschaftlichen Einrichtungen zu fokussieren. Die Industriestadt Berlin sollte neben der Gesundheitswirtschaft eine zweite „Marke“ aufbauen. Dafür bietet sich das Thema Energie an: Aus Berlin kommen Maschinen zur Energieerzeugung und -Verteilung, Soft- und Hardware zur Energienetzsteuerung und -sicherung, große Erfahrung mit energetischen Baulösungen, Energieversorgungsunternehmen und vieles mehr. Berlin bietet zahlreiche zukunftssträchtige Produkte und Lösungen sowohl für den ressourcensparenden Umgang mit fossiler Energie als auch mit regenerativen Energien. Die Energiekompetenz Berlins sollte zu einer weiteren „Marke“ der Industrie werden, die das Potenzial besitzt, international Interesse zu finden.

6. **Gute Infrastruktur weiter verbessern.** Die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung sind vom Potential der Unternehmen selbst abhängig, aber auch von der zur Verfügung stehenden Infrastruktur. Die Verkehrsverbindungen sind durch umfangreiche Investitionen seit der Wende zwar besser geworden, aber nach wie vor nicht so gut abgeschlossen wie das Rhein-Main-Gebiet, München oder Hamburg. Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur darf nicht ausgebremst werden - weder durch eine Börsenorientierung der Deutschen Bahn, noch durch falsche Sparpolitik von Bund und Land, noch durch regionale Teilinteressen.
 - Die Bahnverbindungen nach Süddeutschland, Skandinavien und Osteuropa sind immer noch rückständig. Sie müssen schneller ausgebaut werden.
 - Berlin hat kaum direkte Flugverbindungen in andere Kontinente. Der Flughafen BBI bietet die Chance, dass sich dies ändert.
 - Der Ausbau der Binnenwasserstraßen darf vom Bund nicht kaputtgespart werden.

7. **Flächensicherung für eine stadtverträgliche Industrie.** Die Sicherung der Flächen des Flughafens Tegel für industrielle Nutzung ist eine der wichtigsten Infrastrukturentscheidungen. Die Vermarktung der Flächen muss jetzt beginnen. Bei der Vermarktung und weiteren Konzeptentwicklung ist es wichtig, dass sich die Entwicklungsstandorte Tegel, Adlershof, Buch, Tempelhof, Charlottenburg etc. in einem Gesamtkonzept ergänzen statt wechselseitig zu konkurrieren.

8. **Wirtschaftsförderung** für Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen oder Innovationen kann sinnvoll sein. Es muss jedoch stärker als bisher durchgesetzt werden, dass mit öffentlichem Geld nur solche Unternehmen privilegiert werden, deren Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen im gesamtwirtschaftlichen Interesse sind.

Alles in allem bleibt noch viel zu tun, bis Berlin ein der Größe der Stadt angemessenes industrielles Fundament besitzt. Dieses Fundament kann um so schneller wachsen, wenn Klarheit darüber hergestellt wird, dass in Berlin nur eine Strategie des „besser statt billiger“ funktionieren kann. Entlohnung nach Tarif, Beschränkung der Leiharbeit auf Auftragsspitzen, vernünftige Arbeitsbedingungen, wirkungsvolle Mitbestimmung – das sind wichtige Qualitätsmarken für eine „besser statt billiger“-Strategie. Wer heute diesen qualitativen Prozess fördert, der wird schneller das Ziel einer starken, innovativen Industrie für Berlin erreichen.

Erstunterzeichner/innen des Memorandums für eine aktive Industriepolitik 2011

Wolfgang Abitz, stellvertr. Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Berliner Wasserbetriebe
Giovanni Ammirabile, Betriebsratsvorsitzender der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH
Bernhard Baumgartner Betriebsratsvorsitzender der Otis GmbH & Co. OHG Hauptverwaltung
Wolfgang Beyer, Betriebsratsvorsitzender der Alstom Power Service GmbH
Olaf Bolduan, Betriebsratsvorsitzender Siemens AG Dynamowerk – A&D LD
Bernhard Brenner, Betriebsratsvorsitzender Siemens AG Schaltwerke Berlin
Fevzi Celikbas, Betriebsratsvorsitzender der Paul Hettich GmbH & Co. KG
Thomas Cosmar, Betriebsrat der Deutsche Post AG
Jürgen Damrot, Betriebsratsvorsitzender der Clemens Fritze KG
Güngör Demirci, Betriebsratsvorsitzender BSH Bosch und Siemens Hausgeräte
Holm Deterling, Betriebsratsvorsitzender der Solon Photovoltaik GmbH
Astrid Diebitsch, Betriebsratsvorsitzende der Nokia Siemens GmbH
Gottfried Dolinski, Betriebsratsvorsitzender Osram GmbH Werk Berlin
Rainer Döring, Personalrat Berliner Verkehrsbetriebe
Uwe Dreesen, Betriebsratsvorsitzender Semperlux AG Lichttechnisches Werk
Rolf Finger, Betriebsratsvorsitzender der Baumer Hübner GmbH
Thomas Hafke, Betriebsratsvorsitzender der Siemens AG Niederlassung Berlin
Bettina Haller, Konzernbetriebsrats-vorsitzende der Siemens AG
Ingo Hampe, Betriebsratsvorsitzender Alcatel Lucent Deutschland AG
Ute Hass, Betriebsratsvorsitzende Daimler AG Mercedes Benz Werk Berlin
Nedal Idies, Betriebsratsmitglied Freudenberg
Harald Kahlisch, Betriebsratsvorsitzender der Borsig Process GmbH
Yüksel Karaaslan, Betriebsratsvorsitzender Bayer Healthcare Pharmaceuticals
Andreas Kern, Betriebsratsvorsitzender PUK-WERKE KG
Gabriele Kleefisch, Betriebsratsvorsitzende der Biomet Deutschland GmbH
Jürgen Köhn, Betriebsratsvorsitzender Siemens AG Industrie Sektor
Martin Krause, Betriebsratsvorsitzender der Procter & Gamble GmbH
Martina Kretschmer, Betriebsratsvorsitzende der HERTA Produktions GmbH
Josip Krstanovic, Betriebsratsvorsitzender der G-Elit Präzisionswerkzeuge GmbH
Lennart Kunde, Betriebsratsvorsitzender Siemens AG PG Gasturbinenfertigung
Rolf Laur, Betriebsratsvorsitzender der Werzalit GmbH & Co. KG
Michael Linow, Betriebsratsvorsitzender der Pepperl + Fuchs GmbH Berlin
Gerhard Lux, Betriebsratsvorsitzender der Convertteam GmbH
Stephan Möller, Betriebsratsvorsitzender der Hach Lange GmbH
Angela Müller, Betriebsratsvorsitzende Freudenberg
Knut Munke, Betriebsratsvorsitzender der Cemex Deutschland AG
Georg Nassauer Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Nokia Siemens GmbH
Aydin Özener, Betriebsratsvorsitzender der SKF AG Werk Berlin
Andreas Pape, Betriebsratsmitglied der Gegenbauer & Co KG
Marijana Peitel, Betriebsratsvorsitzende der Ideal Automotive Berlin GmbH
Franz Pentenrieder, Betriebsratsvorsitzender B. Braun Betriebsstätte Pharma Berlin
Gerald Petrasch, Betriebsratsvorsitzender der IAV GmbH
Udo Rauchert, Betriebsratsvorsitzender Siemens AG Mobility Division I MO BR BLN
Bruno Rocker, Betriebsratsvorsitzender Schleicher Electronic GmbH & Co KG
Andreas Rogsch, Betriebsratsvorsitzender der Vodafone D2 GmbH
Doris Schaloski, Betriebsratsvorsitzende Siemens AG Energie Service
Volker Schmidt Betriebsratsvorsitzender der BMW AG Werk Berlin
René Scholz, Betriebsratsvorsitzender der Fachfleischerei Birkenhof GmbH
Ida Schönherr, Betriebsratsvorsitzende der BASF Services Europe GmbH
Monika Sens, Betriebsratsvorsitzende der Märkische Geflügelhof Spezialitäten GmbH
Bernd Spieler, Betriebsratsvorsitzender der KME Brass Germany GmbH
Klaus-Peter Strauch, Betriebsratsvorsitzender der Pierburg GmbH
Cemil Ülker, Betriebsratsvorsitzender der ZF Lenksysteme GmbH

Yüksel Vatandas, Betriebsratsvorsitzender der CNH Baumaschinen GmbH
Rüdiger von Taysn, Betriebsratsvorsitzender der Motorola GmbH
Friedrich-Wilhelm Wagenmann, Betriebsratsvorsitzender der Brose GmbH Co. KG
Karl Heinz Waidmann, stellvertr. Betriebsratsvorsitzender der Stollwerk GmbH
Wolfgang Walter, Betriebsratsvorsitzender Siemens AG Energy D EA
Erhard Wandrei, Betriebsratsvorsitzender der Schindler Aufzüge GmbH
Christian Weinholz, Betriebsratsvorsitzender der Schindler Deutschland Holding GmbH
Rolf Wiegand, stellvertr. Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Berliner Stadtreinigung
Peter Winkler, Betriebsratsvorsitzender MAN Diesel & Turbo SE
Frank Wulsten, Betriebsratsvorsitzender der Assa Abloy Sicherheitstechnik GmbH
Dirk Wüstenberg, Betriebsratsvorsitzender der Otis GmbH & Co OHG Electronic System
Iris Ziesche, Betriebsratsvorsitzende der Stadler Pankow GmbH

Verantwortlich: DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Christian Hoßbach, www.berlin-brandenburg.dgb.de